



An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen/ Internationales/ Vergabe

Herrn  
Winrich Granitzka

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 01.03.2013

**AN/0296/2013**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	11.03.2013

**Armutszuwanderung nach Köln**

Sehr geehrter Herr Granitzka,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet darum, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 11.03.2013 zu setzen:

In einem ausführlichen Pressebericht „Dortmund rechnet mit Millionenkosten für Roma - Unterbringung, Impfung, Schule: Armutszuwanderung belastet Kommunen und könnte von 2014 an stark steigen“ befasst sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.02.2013 mit dem Thema der Armutsmigration in deutsche Städte.

Hierin wird dargestellt, dass eine steigende Zahl von Roma, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien, verstärkt in deutsche Städte kommen, um der prekären Armut und Diskriminierung in ihren Herkunftsländern zu entfliehen. Als zentrale Probleme für die Kommunen werden deren gesundheitliche Versorgung, der Zugang zum Bildungssystem, die Unterbringungs- bzw. Wohnungsfrage sowie der mögliche (künftige) Anspruch auf Sozialleistungen genannt.

In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom gleichen Tag äußert der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider die Einschätzung, die Armutsmigration werde künftig noch zunehmen. Als Städte, die besondere Anziehungskraft auf die Zuwanderer haben, nennt er neben Dortmund, Duisburg und Hagen auch Köln.

Die CDU-Fraktion bittet mit Blick auf die möglichen Auswirkungen auf die Stadt Köln um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Folgen der vollständigen Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen ab 2014 und wie bereitet sich die Verwaltung auf diese zum 01.01.2014 vor? (Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, mit wie vielen weiteren Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien nach Köln in den kommenden Jahren zu rechnen ist?)
2. Geht die Verwaltung davon aus, für die Zuwanderer Wohnungen vorhalten zu können, die eine Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft ermöglichen?
3. Sieht sich die Verwaltung in der Lage, den Kindern der Zuwanderer einen bedarfsgerechten Zugang zu einer Schulbildung bieten zu können?
4. Wie ist eine gesundheitliche Versorgung der Zuwanderer sichergestellt? Wie sieht der Krankenversicherungsschutz aus?
5. Ist seitens der Verwaltung eine weitere Informationsveranstaltung geplant, wie sie bereits einmal erfolgreich Ausschuss übergreifend stattgefunden hat?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz  
Fraktionsgeschäftsführer